



Neonazis im Social Web: Immer häufiger unverhohlener Hass

Neonazis im Social Web: Immer häufiger unverhohlener Hass
Rassismus und drastische Gewaltdarstellungen brechen sich Bahn - Zehntausende Zugriffe und schnelle Verbreitung im Social Web - Plattformbetreiber müssen Verstöße umgehend löschen - Stabile Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern wichtig
Unverhohlener Rassismus wird im Social Web schnell zum Selbstläufer. Dabei gilt: Je anstößiger, provokanter und poppiger ein Beitrag ist, desto eher verbreitet er sich schneeballartig und auch über rechtsextreme Kreise hinaus. Diese Erkenntnisse präsentierte jugendschutz.net, die länderübergreifende Stelle für den Jugendschutz im Internet, heute bei der Vorstellung des jüngsten Berichts "Rechtsextremismus online 2013" in Berlin.
Während in den vergangenen Jahren subtile Propaganda vorherrschte, stoßen wir mittlerweile regelmäßig auf Darstellungen, in denen Juden, Muslime, Sinti Roma oder Homosexuelle ohne Umschweife zu Menschen zweiter Klasse degradiert werden", so Stefan Glaser, stellvertretender Leiter von jugendschutz.net. Vor allem das russische Netzwerk VK oder der US-Dienst Tumblr (Yahoo) unternehmen laut Glaser zu wenig, um diese Inhalte von ihren Plattformen zu verbannen.
Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, die zahlreichen positiven Aspekte des Internets zu nutzen", betont die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig. "Aber sie dürfen dabei nicht stetig Gefahr laufen, mit Hass und Gewalt konfrontiert zu werden. Wir müssen Kinder und Jugendliche vor rechtsextremer Onlinepropaganda schützen", so Schwesig.
Für Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, ist eine kontinuierliche internationale Zusammenarbeit wichtig. "Das Gros der Inhalte wird über ausländische Dienste eingestellt, daher müssen Strategien gegen Hass im Netz auch international ansetzen." Initiativen wie das International Network Against Cyber Hate (INACH) böten hier einen guten Ansatzpunkt; die bpb will diese internationale Netzwerkarbeit daher weiterhin fördern.
Martin Ziegenhagen, Leiter der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, verdeutlicht den großen Beratungsbedarf: "Bei uns landen die Menschen, die von den perfiden Machenschaften der Rechtsextremen - online wie offline - direkt betroffen sind. Darunter sind auch immer häufiger Jugendliche." Eine enge Zusammenarbeit mit jugendschutz.net sei wichtig, um diejenigen effektiv unterstützen zu können, die konkrete Hilfe benötigen.
Bericht von jugendschutz.net zu Rechtsextremismus im Internet zum Download: <http://hass-im-netz.info/s/bericht2013>
Materialien zur Pressekonferenz: <http://hass-im-netz.info/s/pressemappe>
Über jugendschutz.net
jugendschutz.net unterstützt die Jugendministerien der Länder und die Kommission für Jugendmedienschutz. Die länderübergreifende Stelle drängt seit Gründung 1997 auf die Einhaltung des Jugendschutzes im Internet und sorgt dafür, dass Anbieter problematische Inhalte rasch ändern oder löschen. Der Arbeit zu Rechtsextremismus wurde in den vergangenen Jahren von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb finanziert. Seit 2013 fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) das Projekt im Rahmen des Bundesprogramms "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN".
Kontakt: Kristina Hamann
Tel. (06131) 32 85-323
presse@jugendschutz.net
www.jugendschutz.net
Über die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus
Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus steht Menschen, die mit Rechtsextremismus konfrontiert sind, mit Informationen und Rat zur Seite - anonym und kostenlos. Sie ist eine Einrichtung von "Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V." Ihre Projekte werden gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb sowie im Rahmen der Bundesprogramme "Zusammenhalt durch Teilhabe" (BfM) und "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" (BMFSFJ).
Kontakt: Julia Wolrab
Tel. (030) 263978-43
wolrab@gegen-vergessen.de
www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)/Bundesprogramme
Das BMFSFJ unterstützt seit 2001 verschiedene Programme zur Extremismusprävention. Den zum Ende des Jahres auslaufenden Bundesprogrammen TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN und "Initiative Demokratie stärken" wird sich ab Januar 2015 ein neues Bundesprogramm, "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" anschließen.
Kontakt: Verena Herb
Tel. +49 (0)30 206 55-10 61/62
presse@bmfjsfj.bund.de
www.bmfjsfj.de
Demokratie stärken - Zivilgesellschaft fördern - die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Die Bundeszentrale für politischen Bildung/bpb bietet zahlreiche Hintergrundinformationen zum Thema Rechtsextremismus. Zudem fördert und unterstützt sie verschiedene Beratungs- und Informationsangebote, Präventionsmaßnahmen und gesellschaftliche Aktionen zur Förderung von Zivilcourage.
Kontakt: Daniel Kraft
presse@bpb.de
Tel.: (0228) 99515-200
www.bpb.de/rechtsextremismus
PDF-Icon Pressemitteilung als PDF. http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Pressemeldung_PK_2014.pdf
PDF-Icon Bericht von jugendschutz.net über Rechtsextremismus Online als PDF. http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bericht2013.pdf

Pressekontakt

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

53113 Bonn

Firmenkontakt

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

53113 Bonn

Demokratie braucht eine lebendige und streitbare Zivilgesellschaft. Sie kann nur funktionieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger das politische und gesellschaftliche Leben mitgestalten. Deutschland hat im 20. Jahrhundert zwei Diktaturen hervorgebracht. Daher trägt die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung dafür, dass in Politik und Gesellschaft demokratische Grundwerte akzeptiert und gelebt werden. Auf den folgenden Seiten erfahren Sie, welchen Beitrag die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb dazu leistet.